



## Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)**

### **Bürger und Unternehmen schützen – Verschlüsselung erhalten**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, Messenger-Dienste nicht dazu zu verpflichten, Kommunikationen ihrer Nutzer unverschlüsselt an Behörden zu senden.

#### **Begründung:**

Derzeit wurden Pläne des Bundesministers des Innern, für Bau und Heimat öffentlich, die darauf abzielen, Messenger-Dienste unter Androhung eines Verbots ihrer Geschäftstätigkeiten in Deutschland zur Herausgabe der Kommunikation ihrer Nutzer in unverschlüsselter Form zu zwingen.

Jedoch ist es technisch nicht möglich, einerseits eine echte Ende-zu-Ende-Verschlüsselung (E2EE) anzubieten, andererseits aber Zugriff auf die unverschlüsselte Kommunikation zu haben. Entweder wird der zur Verschlüsselung genutzte Schlüssel an den Anbieter übertragen, sodass dieser die Kommunikation im Nachhinein entschlüsseln kann, oder aber die Kommunikation wird direkt am Gerät des Benutzers im Klartext mitgeschnitten. Bei beiden Varianten kann jedoch von keiner E2EE mehr die Rede sein.

Die hierfür einzubauenden Schwachstellen schaffen aber Angriffsflächen für Datenschutzverletzungen, (ausländische) Nachrichtendienste und Kriminelle. Diese Angriffsflächen ermöglichen es, persönliche und sensible Daten von Individuen, Behörden und Firmen abzugreifen.

Kriminelle und Terroristen, deren Überwachung das vermeintliche Ziel dieser Maßnahmen ist, werden jedoch weiterhin alternative Kommunikationskanäle nutzen, um sich so der staatlichen Kontrolle zu entziehen.

Durch eine solche Vorgabe würden zwanzig Jahre bestehende Kryptopolitik und die Datenschutz-Erfolge der letzten Jahre zunichte gemacht.

Die Geschädigten werden auf Grund fehlenden Vertrauens deutsche Unternehmen, die selbst Verschlüsselung anbieten, sowie unbescholtene Bürger sein, die wieder einmal den Preis ausufernder staatlicher Überwachungsphantasien bezahlen müssten.